

## Iring Fetscher »Neo«Konservatismus und Krise

In fast allen hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt können seit rund 10 Jahren »neokonservative« Tendenzen beobachtet werden. Es handelt sich um eine Art »ideologischer Offensive«, die offensichtlich den Zweck hat, auf dem Weg über die Gewinnung einer »ideologischen Hegemonie« die bestehenden ökonomischen Verhältnisse auch angesichts drohender Krisen zu stabilisieren. Zu diesen neokonservativen Tendenzen werden eine Anzahl unterschiedlicher Theorien und Ideen gerechnet, deren detaillierte Abgrenzung hier nicht zur Debatte steht. Ihnen allen gemeinsam ist jedoch das Bemühen, nicht nur den »real existierenden Sozialismus«, der durch sich selbst genügend diskreditiert ist, sondern vor allem auch den Wohlfahrtsstaat und die keynesianischen Versuche der Konjunktur Stabilisierung zu bekämpfen. *Die Chance zur Entwicklung solcher Theorien und Ideen* wurde durch die theoretische Schwäche und Hilflosigkeit des reformistischen Sozialismus und linksliberaler Thesen eröffnet. Beide erwiesen sich als unfähig, auf die wirtschaftliche Krise (seit dem Ölpreisschock von 1973), auf die ökologischen Probleme und die zunehmende Diskrepanz zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Industrieländern eine kreative und effektive Antwort zu geben. Zwar haben auch die Neokonservativen keine brauchbaren und praktikablen Lösungen, aber sie können doch immerhin aus der (teilweise berechtigten) Kritik an diesen Schwächen für sich selbst Kapital schlagen. Die *Notwendigkeit* zur Entwicklung konservativer Ideologien, Theorien und Ideen ergab sich aus der Tatsache, daß ohne eine solche »Absicherung« weder ein Abbau des Wohlfahrtsstaates im Interesse der Stärkung der Unternehmerpositionen und der Vermögenden noch eine »Beschwichtigung« der von der größten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Betroffenen möglich wäre.

Die Ausgangslage für den Neokonservatismus war in den verschiedenen Industriestaaten unterschiedlich: In England und in der Bundesrepublik handelte es sich lediglich darum, innerhalb der führenden konservativen Partei den rechten Flügel ideologisch aufzurüsten; in den USA ging es um eine Flankensicherung für ein massives »roll back« der Wohlfahrtsstaatspolitik, die seit Roosevelts New Deal und Johnsons Great Society (über Kennedys New Frontier) das Denken der liberalen Intellektuellen nachhaltig beeinflusst und bis in die republikanische Partei hinein Wirkungen gezeitigt hatte; in Japan mußte die — von den amerikanischen Siegern selbst verordnete — Entmythologisierung des Kaisers und des Staats-Shintoismus sowie der in der Verfassung verankerte Pazifismus zurückgedrängt werden, um zusammen mit einem erneuerten Kaiserkult einen — diesmal amerikafreundlichen — japanischen Nationalismus zu fördern. Während in der Bundesrepublik und Japan ein *eigenständiger* Nationalismus kaum von Neokonservativen gewünscht wird, spielt er in den USA und in geringerem Maße auch in England eine erhebliche Rolle. Symbolische militärische Erfolge haben in beiden Ländern zur Popularitätssteigerung konservativer Regierungen beigetragen, das gilt sowohl für den kostspieligen Falkland-Krieg als auch für die amerikanische Militäraktion in Grenada. Vor allem für das nationalistische Selbstbewußtsein der

Konservativen in den USA war der minimale militärische Erfolg der Besetzung Grenadas ein willkommenes Mittel, um die Depression im Anschluß an den verlorenen Krieg in Südostasien zu kompensieren.

Auch wenn es zwischen den Neokonservativen verschiedener Länder Kontakte gibt (z.B. zwischen denen der Bundesrepublik und der USA) spricht nichts für eine konzertierte, weltweite Aktion. Das beinahe simultane Auftreten dieser Strömungen erklärt sich vielmehr aus der Ähnlichkeit der ökonomischen und kulturellen Lage und der analogen Bedürfnisse des Establishment dieser Länder, die Situation ideologisch abzustützen. Aus diesem Grunde wurden und werden in allen Industriestaaten des Westens bestimmte Autoren und Wissenschaftler mit erheblichen Geldmitteln gefördert, publizistisch vermarktet und zur Beratung von Politikern herangezogen. Dabei kam den Interessenten die »Wendung« einer Reihe von Intellektuellen entgegen, die — vom Wohlfahrtsstaat enttäuscht, durch die Studentenbewegung »verschreckt«, durch den politisch motivierten Terrorismus der siebziger Jahre desorientiert — von ihren sozial fortschrittlichen und liberalen Positionen sich verabschiedeten, um zur Verherrlichung des »starken aber ökonomisch abstinenter Staates« und zur Glorifizierung traditioneller Werte und Normen überzugehen. Das gilt oder galt für Autoren wie Norman Podhoretz, Irving Kristol, Daniel Bell in den USA ebenso wie für Hermann Lübke, Karl Steinbuch und Erwin K. Scheuch in der Bundesrepublik, wobei der Weg, den einige zurückzulegen hatten, nicht besonders lang war.

Übrigens war diese simultane Entwicklung sogenannter »neokonservativer Ideen« in den westlichen Industrieländern insofern doch nicht ganz »zufällige«, als — wie eine neuere amerikanische Studie gezeigt hat — zwischen 1976 und 1980 systematisch von der amerikanischen Geschäftswelt eine Reihe von Organisationen aufgebaut bzw. unterstützt wurden, die diesen Trend gefördert und publikumswirksam »vermarktet« haben. *George Nash* hat auf einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Kongress von einer »Flut konservativer Literatur« gesprochen, »die aufs engste mit einer zweiten Konsequenz (?) neueren Datums verknüpft ist: die (gemeint: mit der) Entwicklung eines *wuchernden* (!) *weit verzweigten Netzes konservativer Medien, Stiftungen, Forschungszentren, Superhirnen* (sogenannten Think-Tanks) *und Institutionen*. Man denkt dabei vor allem an die *Heritage Foundation*, die *Hoover Institution* und das *American Enterprise Institute*, von denen jedes einzelne in engem Kontakt zur Reagan-Administration steht« (S. 52). Diese (ziemlich mäßig übersetzte) Darstellung würde noch aussagekräftiger, wenn die Geldbeträge angegeben werden könnten, die von der Wirtschaft an die genannten Organisationen geflossen sind. In der Bundesrepublik hat neben der *Adenauer-Stiftung* vermutlich die *Siemens-Stiftung* und die *Thyssen-Stiftung* Beiträge in dieser Richtung geleistet. Seit einigen Jahren (genauer seit 1979) ist darüber hinaus unter dem Protektorat von *Hans Filbinger* in Schloß Weikersheim ein »Studienzentrum« entstanden, das sich als »überparteilich und überkonfessionelle Akademie« versteht und neokonservative Nachdenklichkeiten fördert. Ähnliches dürfte sich u.a. auch in Japan ereignet haben. Die Kontakte zwischen Neokonservativen verschiedener Industriestaaten des Westens dokumentiert neuerdings auch die Tatsache, daß die »Bunte« neben *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* (einem eigenwilligen Neokonservativen, der vor allem publizistisch tätig wurde und »außerhalb« des Parteienspektrums steht) und *Rüdiger Altmann* sowie *Matthias Walden* den amerikanischen Neokonservativen *Norman Podhoretz* und den konvertierten Ex-Maoisten und Rüstungspapologen *André Glucksman* als »Kolumnisten« gewonnen hat (»Wer gegen Diktaturen ist — kann nicht pazifistisch sein« so lautet die »überzeugende These« des Letztgenannten).

Eine Übersicht über die verschiedenen »nationalen« Tendenzen erscheint mir weniger sinnvoll als eine Skizze der ideologischen Schwerpunkte, wobei die nationalen Differenzen notwendig in den Hintergrund treten.

## 1. Antikommunismus und Nationalismus

Während die Neokonservativen (und die neuen Rechten) in allen Ländern in ihrem Antikommunismus ziemlich einig sind, drückt sich ihr Nationalismus höchst unterschiedlich aus. *Norman Podhoretz* erklärte auf der Konferenz der Adenauer-Stiftung: »Ich stimme ganz mit Irving (Kristol) überein, daß ich diese Bewegung (den Neokonservatismus) — wenn ich wählen könnte — eher *Neo-Nationalismus* als Neo-Konservatismus genannt hätte, denn sie ist begründet auf einer *Wiederbelebung der Tugenden der amerikanischen politischen Kultur* und der Kulturen des Westens allgemein, der politischen Kulturen des Westens, *der freien Welt ...*« (S. 83). Kristol wie Podhoretz übersehen dabei, daß es eine gemeinsame politische Kultur des Westens bisher kaum gibt, daß ein Drittel der Italiener für einen demokratischen Kommunismus eintreten und erhebliche Teile der bundesdeutschen Bevölkerung demokratische politische Traditionen kaum schon »verinnerlicht« haben. Im übrigen handelt es sich auch bei den amerikanischen Neokonservativen um eine höchst selektive Rezeption ihrer eigenen politischen Traditionen. Podhoretz beruft sich in seinem Vortrag lediglich auf den Unterschied von Isolationismus und Ausrichtung der internationalen Politik auf »transzendente Prinzipien, Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie, was immer sie wollen« (!) und fügt hinzu, daß diese Prinzipien »den Vereinigten Staaten die Verantwortung auferlegt, für diese Werte zu kämpfen und sogar auch *außenpolitisch für sie zu Felde zu ziehen*« (S. 84). Kurz gesagt, die USA sind »als Führer der freien Welt« verpflichtet, weltweit jene idealen Ziele zu verfolgen. Ohne weitere Erläuterungen folgert der Autor aus dieser Charakterisierung: »die Konsequenz wäre die Wiederbelebung einer ideologischen oder ideologisch ausgerichteten Perspektive, d.h. eine *antikommunistische Perspektive als Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik*« (S. 84 f.).

Dieser hegemoniale, ideologisch fundierte amerikanische Standpunkt ist aber nach Podhoretz mit einer analogen Orientierung der bundesdeutschen Politik vereinbar, soweit sie sich vor der *Gefahr des »europäischen Neutralismus«* hütet, der zu einem »amerikanischen Nationalismus oder Unilateralismus« beitragen könnte. *Irving Kristol* war in seiner Ansprache etwas weniger deutlich geworden und hatte den »Nationalismus als immer noch *die größte Kraft in der Welt, die größte politische Kraft*« bezeichnet, die *viel mehr bewirken könne als »z.B. Kommunismus, Kapitalismus, Katholizismus«* (S. 73). Eine konservative Partei müsse daher »eine enge Verbindung mit dem Geist des Nationalismus eingehen« (a.a.O.). Diese Haltung könne zwar »bestimmte Reibungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland« zur Folge haben, aber »das würde ihn nicht stören« (a.a.O.). Ein vernünftiger deutscher Nationalismus — so die unausgesprochene These — könne nicht zum ernsthaften Konflikt mit der amerikanischen Regierung führen. Von bundesdeutschen Neokonservativen wurde dieser Behauptung auch nicht widersprochen.

An dieser Stelle wäre auf eine eigenartige Polemik in der Bundesrepublik hinzuweisen, die zu einer höchst seltsamen Verkehrung der Fronten geführt hat. Während »traditionell« die Linke überall internationalistisch und die Rechte nationalistisch war, soll es jetzt — angeblich — in der Bundesrepublik anders sein. Neokonservative in diesem unseren Lande weisen mit Vorliebe auf »nationalistische Töne« bei Rednern der Friedensbewegung hin und versu-

chen diese damit zu diskreditieren. Vielleicht wäre es besser, wenn anstelle der Betonung der erhöhten Gefährdung der Bewohner der beiden deutschen Staaten in einem europäischen Krieg von der Friedensbewegung mehr auf die *gemeinsamen Gefahren* für alle Mitteleuropäer (oder die Europäer insgesamt) hingewiesen würde, aber es kann ja kaum gelehrt werden, daß die ersten Schüsse in einem Ost-West-Konflikt in Europa auf alle Fälle Opfer unter der deutschen Bevölkerung kosten würden. Es ist schon etwas merkwürdig, wenn Konservative bei uns, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht müde wurden, von den Leiden der »Brüder und Schwestern in der Zone« zu reden, nun auf einmal eine Reflexion auf deren mutmaßliches Schicksal als »nationalistische Entgleisung« hinstellen. Jedenfalls decouvriert dieses »Doppeldenken« nachträglich (soweit noch nötig) den scheinheiligen Charakter jener öffentlich zur Schau getragenen »Solidarität«. Es ging überhaupt nie um das Schicksal der Bevölkerung der DDR, sondern allein um die Rechtfertigung der Verhältnisse in der Bundesrepublik und des Westbündnisses durch Abhebung von ihnen. Kein ehrlicher Politiker konnte die in den ersten 20 Jahren nach 1945 immer wieder ausgesprochene Forderung nach einer »Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit« wirklich ernst nehmen. Alle wußten, daß daran nicht zu denken war und doch wurde Willy Brandt das späte Aussprechen dieser Tatsache und die Einleitung der Ostverträge als »Verrat deutscher Interessen« angekreidet. Offenbar liegt nach Meinung von Neokonservativen ein solcher Verrat auch dann vor, wenn ein Angehöriger der Friedensbewegung beklagt, daß konventionelle und atomare Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik in erster Linie auf Städte der DDR gerichtet sind.

In Japan hat sich die Entwicklung in Richtung auf Wiederherstellung des traditionellen Nationalismus stiller und kontinuierlicher gestaltet als in anderen Industriestaaten. Die seit Jahrzehnten herrschende »liberale« Partei ist in Wirklichkeit politisch und ökonomisch höchst konservativ. Eine Kurskorrektur der Kulturpolitik wurde nur deshalb notwendig, weil zunächst — unter dem Einfluß der amerikanischen Besatzungsmacht — der Kaiserkult und der japanische Imperialismus ausdrücklich »abgeschafft« wurden. In der Verfassung ist das Verbot militärischer Rüstung verankert. Streitkräfte, die das Land dennoch unterhält, werden als »Selbstverteidigungskräfte« bezeichnet und dürfen keinesfalls außerhalb der Staatsgrenzen eingesetzt werden. Zu den subtilen Maßnahmen, die Kaiserkult und Nationalismus restaurieren sollen, gehört eine »Gesetzesvorlage«, die die Bezeichnung der Jahre nach der Regierungsperiode des Kaisers festschreibt. Dieses »Gengô-System« schien — bei einer Befragung von Studenten, die im übrigen eher kritisch und links eingestellt waren — als durchaus akzeptabel. Man empfand dessen Festschreibung per Gesetz nicht als Schritt zurück: »In Wirklichkeit (aber) ist heute in den politischen Bewegungen, die sich für die Erhebung des Gengô zum Staatsgesetz aussprechen, das Motiv lebendig, den Kaiser wieder zum Staatsoberhaupt zu machen und damit zu einem kaiserlichen Herrschaftssystem zurückzukehren, wie es vor dem Kriege bestand.« So äußerte die Wochenzeitung der Shintoisten folgende Gedanken: »Mit der Erhebung des Gengô zum Gesetz würden wir einen großen Beitrag dazu leisten, daß das Volk begreift, daß die Würde des Kaisers über der neuen japanischen Verfassung steht. Um ihm diese Würde zu geben, muß eine Verfassungsänderung vorgenommen werden« (Miyata, 1984, S. 71). Und der kritische Verfasser folgert aus diesem Vorhaben, daß die Regierungspartei bewußt (und vorerst stillschweigend) das durch die Verfassung sanktionierte Prinzip der Volkssouveränität zurückdrängen will. Auf diese Weise würde der regierenden Elite (die vielfach mit der während der Eroberungskriege des imperialistischen Japan herrschenden identisch ist) vor dem Risiko der demokratischen Abwahl noch besser gesichert als es bisher schon der Fall ist. Kennzeichnend für die Stabilität konservativer Machtverhältnisse war die

Tatsache, daß selbst ein wegen eindeutiger Bestechung durch den Lockheed-Konzern verurteilter Premierminister von seinem Wahlkreis wiedergewählt wurde. Der wiedererweckte Kaiserkult ist ein hervorragendes ideologisches Mittel, um »dem Volk ein klares Bild der nationalen Einheit« vor Augen zu führen, denn das Volk braucht — wie Sir *Walter Bagehot* schon vor über hundert Jahren behauptete — »wegen der Unmündigkeit seiner Bildung immer noch ein Bild«, das »an das unfaßbare Gefühl« appelliert (zit. bei Miyata S. 73). Dieses suggestive Bild der Einheit wird vor allem dazu gebraucht, um der »Gefahr der Aktualisierung des Klassenkonfliktes« vorzubeugen. In dem Maße wie die Periode eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums sich ihrem Ende zuneigt, besteht für die herrschenden Kreise die Gefahr, daß sich die sozialen Gegensätze zuspitzen und linke Parteien in Wahlen Erfolg haben. Dieser Gefahr wird u.a. durch Stärkung des Kaiserkultes und des Gefühls nationaler Identität und nationalen Selbstbewußtseins begegnet.

In gleicher Richtung geht offenbar auch eine revisionistische Richtung der Japanischen Zeitgeschichte, die sich darum bemüht, die Verzichtserklärung des Kaisers auf seine Göttlichkeit, die nach der Kapitulation von ihm gefordert wurde, als nicht eindeutig hinzustellen. »Im allgemeinen gesprochen ist jene Menscherklärung keineswegs synonym mit der 'Negation der Göttlichkeit'. Auch wenn das Menschsein festgestellt wurde, wird man daraus doch nicht immer logisch den Schluß ziehen dürfen, daß die 'Göttlichkeit' des Kaisers negiert wurde« (Y. Ohara, Eine Betrachtung über den Gott in menschlicher Gestalt, Tokio 1978, Japan).

Die Erneuerung des Kaiserkultes soll aber nicht nur Klassenkonflikte eindämmen, sie soll auch dazu dienen, die militärische Kampf- und Opferbereitschaft der Japaner zu erneuern. Für diese Bemühung ist der Antrag auf »Verstaatlichung des Yasakuni-Schreins« charakteristisch. Dieser Shinto-Schrein dient als Gedenkstätte für alle gefallenen japanischen Soldaten. Ein Abgeordneter der »liberalen« Partei hielt auf einer Wahlversammlung eine Rede, in der er u.a. ausführte: »Das japanische Volk ist um das kaiserliche System als sein Zentrum herum entstanden. ... Das Volk darf den *Kamikaze*-Geist nicht verlieren, mit dem während des Krieges japanische Flieger selbstmörderisch gegen die feindliche Flotte Amerikas einstürmten. Wir wollen eine nationale Übereinstimmung darüber ausbilden, im Notfall unser Leben für den Staat zu opfern. In diesem Sinne wollen wir den Yasakuni-Schrein herzlich verehren, sowohl die Buddhisten als auch die Christen. Wir wollen den Schreinbesuch durch den Kaiser und die Kaiserin als Symbole nehmen, durch die sie sich als Repräsentanten des japanischen Volkes darstellen. Und wir wollen das kaiserliche System bewahren« (zit. nach Miyata S. 80). »Der Yasakuni-Schrein hat im Kult durch den Kaiser als höchsten Priester des Staates den Sinn des Lebens und Sterbens des Japaners begründet. Er war deshalb nichts anderes als ein ideologischer Apparat zur Verwaltung des Sterbens der Untertanen« (a.a.O.), lautet die kritische Anmerkung des (übrigens christlichen) Verfassers.

Das mag genügen, um klar zu machen, daß in Japan — unter Anknüpfung an eine unlängst unterbrochene Tradition — energische Versuche der nationalistischen Restauration unternommen werden, die u.a. auch dazu dienen, Japan einen Weg zu höheren Rüstungsanstrengungen an der Seite der jetzt verbündeten Amerikaner zu ebnen. Diesem Weg steht einerseits die demokratische Verfassung mit ihrem Prinzip der Volkssouveränität im Wege und andererseits das strikte Verbot der über die absolut notwendige »Selbstverteidigung« hinausgehenden Rüstung. Durch die kulturpolitischen Maßnahmen, von denen die Rede war, sollen diese Hindernisse offenbar leichter beseitigt werden. Unlängst regten amerikanische Politiker die Stationierung japanischer Truppen ausgerechnet in Korea an, um die dort befindlichen amerikanischen Streitkräfte zu entlasten. Die »liberale« Regierung und Teile des Militärs stehen solchen Wünschen offenbar nicht prinzipiell ablehnend gegenüber.

## 2. Antisozialismus und Kritik am Wohlfahrtsstaat.

Während der langen Periode ständigen Wirtschaftswachstums nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges bildete sich in einer Reihe von Industrieländern (vor allem Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Österreich, skandinavische Staaten, Niederlande) ein wohlfahrtsstaatlich stillgelegter Zustand heraus, der auf einem Klassenkompromiß beruhte: bei kontinuierlichem Wachstum war es möglich, zugleich höhere Reallöhne, höhere Profite und höhere Renteneinkommen zu verteilen. Der Tarifkonflikt konnte relativ leicht beigelegt werden, Exportoffensiven ermöglichten eine Verbesserung der Absatzchancen und der Terms of Trade auf Kosten der Dritten Welt, ein allgemeines Interessenarrangement schien an die Stelle heftiger Konfrontation der Klassen getreten zu sein. Als angesichts verringerten Wachstums die Verteilungskämpfe heftiger zu werden drohten, forderten die wirtschaftspolitischen Sprecher des Establishments lautstark eine »Stabilisierung der Staatsfinanzen«, was praktisch überall auf eine Kürzung der Sozialausgaben hinauslief. So laut und allgegenwärtig waren diese Forderungen, daß auch sozialdemokratische Regierungen (oder sozialliberale Koalitionen) nachzugeben begannen. Während Rüstungsausgaben und Ausgaben für die »innere Sicherheit« nach wie vor expandierten (wozu die Terroristen-Hysterie einen wertvollen Beitrag leistete), wurde bei den Sozialausgaben gespart. Sozialdemokratische Regierungen pflügten sich für solches Verhalten zu entschuldigen, neokonservative aber forcierten sie bald und stellten das Programm einer »Rückkehr zur guten alten Zeit der Selbsthilfe und puritanisch-frühbürgerlichen Tugenden von Fleiß, Sparsamkeit, Ordnungsliebe und Selbstverantwortung« auf. Da die tatsächliche Bedeutung von Sozialleistungen nicht gut gelehnet werden konnte, richtete sich die Kritik vorwiegend auf angeblich verbreitete Mißbräuche (Schwarzarbeit, Verweigerung von Arbeiten, Krankfeiern) und auf die vermeintlich negative Auswirkung des »Versorgungsstaates« auf das individuelle Verantwortungsbewußtsein. Sehr geschickt wurde von Neokonservativen auch der verbreitete Ärger über Bürokratien ausgenutzt, wobei so getan wurde, als ob diese allein durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates entstanden wären.

Entgegen den Evidenzen aller statistischen Erhebungen über die Wirkungen des Wohlfahrtsstaates (z.B. in Großbritannien) auf die Verteilung von Einkommen und Eigentum wurde (und wird) von Neokonservativen in Amerika und bei uns behauptet, der Wohlfahrtsstaat habe zu einer verheerenden »Nivellierung« geführt. Immer wieder wurde (und wird) behauptet, Sozialdemokraten forderten nicht nur »Chancengleichheit« (am Beginn einer »Karriere«), sondern auch »Gleichheit der Ergebnisse« (Podhoretz z.B. S. 80). In Amerika wurde und wird der durch Gesetze und Gerichtsurteile verlangte *Ausgleich* der Chancen zugunsten benachteiligter Schichten (Farbige, Frauen) als Eingriff in die Freiheit der »weißen, männlichen Minderheit« angeprangert. Die Festsetzung von Quoten für Angehörige der ethnischen Minderheiten und der Frauen bei Anstellung in Betrieben oder bei der Zulassung zu Schulen und Universitäten — die doch nichts anderes als eine vorübergehend notwendig erscheinende Maßnahme der Wiedergutmachung war — wurde leidenschaftlich und mit freiheitlichen rhetorischen Formeln bekämpft. In der Bundesrepublik diente vor allem die *Gesamtschule* und die Vergrößerung der Zahl der Abiturienten und Studenten ähnlichen Zwecken. Nun wird niemand leugnen, daß sowohl das »Bussing System« und die »affirmative action« in den USA als auch die konkrete Gestaltung der Gesamtschulen (mit ihren Leistungszügen) korrekturbedürftig waren, aber die Angriffe dienten nicht der Verbesserung dieser Einrichtungen, sondern ihrer Zerstörung. In diesem Zusammenhang taucht in der Bundesrepublik weit

mehr als in den USA die Forderung nach »Elitebildung« auf. Ideal erscheinen vielen Politikern in dieser Hinsicht die großen privaten Universitäten der USA (neben denen es allerdings auch zweit- und drittklassige Privatuniversitäten gibt). An diesen Universitäten können z.B. wirklich nur die Kinder gutverdienender Ärzte Medizin studieren, so daß sich ein numerus clausus für dieses Fach von selbst erübrigt. In Wahrheit hat eine »Demokratisierung der Schulbildung« nichts mit einer Beseitigung oder auch nur Einschränkung von Elitebildung (im Sinne von wissenschaftlichen, künstlerischen usw. Hochleistungen) zu tun. Im Gegenteil. Je größer die Zahl der zur Entfaltung gebrachten Begabungen in einer Gesellschaft ist, um so größer auch die Zahl der Höchstqualifizierten. Was sich freilich durch die Demokratisierung des Bildungssystems wirklich ändert, ist die Privilegierung der Kinder vermögender Eltern. Die Startvorteile, die wohlhabendere und/oder »gebildetere« Eltern ihren Kindern traditionell dadurch verschaffen, daß sie dieselben schon mit 10 Jahren auf ein Gymnasium einschulen, gehen durch das System der Gesamtschulen und der Förderstufe (teilweise) verloren. Erhalten bleibt freilich nach wie vor Wohlhabenden die Möglichkeit, durch Internatschulen Kinder zusätzlich zu fördern. Eine Folge der Verbesserung (wenn auch längst nicht der Gleichstellung) beim Zugang zu weiterführenden Schulen war die Verschärfung des »Wettbewerbs« schon in den letzten Jahren vor dem Abitur anlässlich des an die Abiturnote gebundenen numerus clausus einiger Hochschulfächer. Die Beeinträchtigung der Solidarität unter den Schülern wurde von konservativen Verteidigern des »dreigliedrigen Schulsystems« bei uns lautstark bedauert, während doch sonst die gleichen Kreise für »freien Wettbewerb« usw. nachdrücklich einzutreten pflegen. Die Begeisterung für dieses Prinzip hört aber offenbar dann auf, wenn die eigenen Kinder dadurch benachteiligt werden könnten (weil sie jedenfalls nicht durch ihre Begabung »automatisch« an die Spitze gelangen, wie es die konservative Ideologie der genetischen Elite, die mit der ökonomischen identisch sei, eigentlich unterstellen sollte).

Sowohl in den USA wie in der Bundesrepublik hat die Zurückdrängung von Einrichtungen und Gerichtsurteilen, die zum *Ausgleich* für die ungerechten Startvorteile Privilegierter dienen sollten, bereits erhebliche Erfolge gezeitigt. So hat z.B. der Supreme Court unter dem äußerst konservativen Chief Justice *Warren Burger* die »affirmative action« zugunsten farbiger Minderheiten praktisch außer Kraft gesetzt. Die Reagan Administration bezeichnete das Quotensystem, das Unternehmen und Hochschulen zur Aufnahme eines bestimmten Prozentsatzes von Farbigen verpflichtete als »umgekehrten Rassismus« und begrüßte ein Gerichtsurteil, das dem »Senioritätsprinzip« Vorrang gegenüber dem Grundsatz des Minderheitenschutzes einräumt. Dieses Urteil hat zur Folge, daß — in der Regel erst später eingestellte — farbige Arbeiter und Angestellte als erste entlassen werden dürfen, weil die länger beschäftigten weißen »Mitarbeiter« prinzipiell Anspruch auf Bevorzugung haben. Ähnlichen Beifall erhielten Gerichtsurteile, durch die Rechte der Angeklagten (oder von der Polizei vorläufig sistierter Personen) eingeschränkt werden. Auch hier gibt es analoge Entwicklungen in Europa.

Die »Wende«, die durch die Reagan-Wahl im Jahre 1980 eingeleitet (oder vielmehr »sichtbar« gemacht wurde), hat ein amerikanischer Autor als »silent counterrevolution« apostrophiert. Damit wird unterstellt, daß von Roosevelt bis Johnson eine »Revolution« stattgefunden hat. In Wahrheit diente der — noch immer höchst unvollkommen ausgebaute — nordamerikanische Wohlfahrtsstaat nicht der Veränderung der Sozialstruktur, sondern allein dem »Erträglichmachen« derselben für Arbeitslose, arme Alte, Kranke, Minderheiten usw. In rechtskonservativen Kreisen hat es sich aber eingebürgert, immer öfter von einem »amerikanischen

Sozialismus« zu sprechen, der angeblich den Weg zu einem »totalitären Staat« ebnet. Bei solcher Polemik können Autoren auf eine alte föderalistische und individualistische Tradition zurückgreifen, die durchaus auch von Linken mitgetragen wurde. Es wird unterstellt, daß nur der »Wohlfahrtsstaat« zur Erweiterung der Bürokratie geführt habe und allein durch ihn die individuelle Freiheit eingeschränkt wurde. Auch in diesem Fall knüpfen Neokonservative geschickt an real vorhandene und stark empfundene Schwächen des bürokratischen Wohlfahrtsstaates an.

Bei der Argumentation von Neokonservativen gegen den Wohlfahrtsstaat (dessen Unentbehrlichkeit übrigens von einigen unter ihnen durchaus anerkannt wird), wird ein entscheidender Gesichtspunkt freilich völlig außer Acht gelassen: der Widerspruch zwischen der Wohlfahrtsethik auf der einen Seite und dem Verhalten, das eine verallgemeinerte ökonomische Ideologie diktiert, auf der anderen. Während sowohl für die Verwaltung des Wohlfahrtsstaates als auch für die Nutzung von dessen Möglichkeiten im Grunde eine solidarische Ethik, eine Ethik der sozialen Verantwortung maßgeblich sein sollte, suggeriert und diktiert das Wirtschaftssystem allen Individuen ein Verhalten, das sich allein am maximalen individuellen Nutzen orientiert, wobei moralische Rücksichtnahme auf andere völlig zurücktritt. *Fred Hirsch* hat in seinem Buch »Die sozialen Grenzen des Wachstums« (1980) unter anderem auch diesen Gegensatz herausgearbeitet, ein Gegensatz, der in den USA noch weit stärker zutage tritt als in Europa mit seinen »vorkapitalistischen Moralresten«, die vom »Geist des Konkurrenzkapitalismus« allmählich vollends aufgezehrt werden, wie unter anderem die Bonner Skandale offenbart haben.

Paradoxerweise hat sich der »Geist des Konkurrenzkapitalismus« gerade in dem Augenblick in den hochindustrialisierten Ländern vollends allgemein »durchgesetzt«, indem zwischen den marktbeherrschenden Unternehmungen längst der Wettbewerb sistiert ist und Oligopole mehr und mehr vorgedrungen sind. Während die Produktionsunternehmungen sich untereinander absprechen (oder sich wenigstens in dieser Richtung bewegen), werden die um Prestige, Status, Luxusgüter konkurrierenden Konsumenten (die zugleich die abhängigen Arbeiter und Angestellten sind) in einen Konkurrenzkampf untereinander hineingetrieben, der für den Absatz ständig wachsender Warenmassen unentbehrlich zu sein scheint. Der neueste Schritt in die Richtung wurde von *André Gorz* in »Wege ins Paradies« richtig als Übernahme der Werbekosten durch die ans Kabelfernsehen angeschlossenen Konsumenten charakterisiert. Konsumenten, die sich selbst (während ihrer anstrengenden Freizeit vor dem Bildschirm) als kauffreudige Konsumenten produzieren (und dafür auch noch bezahlen!). Hier — bei der Einführung immer neuer Waren und warenförmiger Dienstleistungen — sind unsere Neokonservativen keineswegs konservativ. Hier marschieren sie nach wie vor »an der Spitze des (technologischen) Fortschritts«, wie es F.J. Strauß einmal für den modernen Konservativen als vorbildlich formuliert hat.

### 3. Die moralische Wende nach rückwärts.

Zu einer erfolgsversprechenden konservativen Kulturkritik gehört in erster Linie der Aufbau eines geeigneten (und genügend Abscheu einflößenden) Feindbildes. Der »Feind« ist — für Konservative in beiden Kontinenten — der »Modernismus«, die kulturelle Moderne sowohl auf künstlerischem wie auf sozialwissenschaftlichem Gebiet. *Daniel Bell* behauptet, daß eine technik- und wirtschaftsfeindliche Subkultur der Bohémiens um 1900 seither sich verhäng-

nisvoll ausgebreitet und zu einem eklatanten Gegensatz von Kultur und zeitgenössischer Gesellschaft geführt habe. Literatur und Kunst denunzieren die Gesellschaft als inhuman und entziehen ihr damit die Massenloyalität. Der Kunst wie der Sozialwissenschaft und ihren Exponenten wird eine große, eigenständige Macht zugeschrieben, die von Intellektuellen und Künstlern zum Zwecke der Verunglimpfung ökonomischer Eliten und des Wirtschaftssystems sowie der industriellen Technik eingesetzt werde.

Der perspektivische Fehler dieser konservativen Kritik liegt darin, daß sie den Zusammenhang der zeitgenössischen Gesellschaft mit der kritischen Reflexion und Darstellung in Literatur, Kunst und Sozialwissenschaft übersieht. In der (wirklich bedeutsamen) zeitgenössischen Kunst spiegelt sich nur, was mit den Menschen in der hochindustrialisierten Gesellschaft geschehen ist. Sie macht sichtbar, anschaulich, eindrucksvoll, was im Bewußtsein und im Unbewußten vieler Menschen geschieht. Kunst ist ein Seismograph für Veränderungen, die sich in der Gesellschaft abzeichnen, für Unbehagen, Angst, Verzweiflung. Wer diese Seismographen dafür verantwortlich macht, daß sie von kommendem Unheil oder realen Schäden sprechen, verwechselt Ursache und Wirkung. Wer ihre Artikulation unterdrückt, beseitigt damit nicht das, was in ihnen nur zum Ausdruck kommt.

Zugleich verwechseln viele konservative Kulturkritiker Erscheinungen, die zwar gleichzeitig mit moderner Kunst und kritischer Sozialwissenschaft auftauchen, aber nicht durch sie »produziert« oder auch nur »gefördert« worden sind, sondern durch die Prestige- und Konkurrenzgesellschaft und ihrer Insistenz auf der »individuellen materiellen Interessiertheit«, um den komischen Ausdruck zu verwenden, mit dem sowjetische Imitatoren das Motiv bezeichnen, mit dem auch sie zur Leistungssteigerung von Lohnabhängigen anreizen wollen. *Michael Walzer* — ein Kritiker des amerikanischen Konservatismus — schrieb schon vor fünf Jahren: »Worüber klagen sie also? Über den Verlust von Autorität in Schule, Hochschule, Armee, Kirche, Betrieb usw. Über das Verschwinden traditioneller Formen im alltäglichen Umgang: Hochachtung und gegenseitiges Vertrauen seien dahin, soziale Bande hätten sich aufgelöst, weder die Glieder der Familie noch die Bürger von Gemeinden oder Nachbarschaften oder die Angehörigen eines Betriebes begegneten einander anders denn als egoistische Individuen voller Feindseligkeit und Mißtrauen. Traditionelle Werte wie Mäßigung, Respekt, Anstand, Arbeitsamkeit, Selbstdisziplin seien vernichtet. Das Ergebnis sei eine Welt der Dekadenz, der Wurzellosigkeit und der Vulgarität, in der egoistischer Ehrgeiz und persönliche Lustbedürfnisse rücksichtslos durchgesetzt werden. Alle verlangen sie »Glück und unverzügliche Befriedigung, es ist eine Welt von häßlichen Hedonisten«. Dieser »hemmungslose häßliche Hedonismus« wird völlig zu Unrecht von Neokonservativen ausgerechnet kritischen Sozialwissenschaftlern und Künstlern angelastet. Dabei stammt doch gerade aus diesen Kreisen die Rede vom »Konsumterror« und von der Verdummung durch die im Dienst der Werbung stehenden Massenmedien. Die Ellenbogengesellschaft, deren Erscheinungsformen von Neokonservativen beklagt werden, ist nicht ein Produkt der Kunst der Avantgarde und kritischer Sozialwissenschaft, sondern des gleichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, dessen überzeugte Apologeten die Neokonservativen selber sind. »Sofortige Befriedigung« wird den Konsumenten nicht von Künstlern und Sozialwissenschaftlern versprochen, sondern von der Werbung für alle möglichen Waren einschließlich populärer Psychopharmaka, die als Volksdroge den Alkohol zwar noch nicht abgelöst aber erfolgreich (für die Hersteller) ergänzt haben. Einen gewissen Schein der Berechtigung gewinnen solche konservativen Klagen freilich dadurch, daß sowohl in der avantgardistischen Kunst (und Literatur) als auch bei den Sozialwissenschaften Kritik nicht selten mit einer unbewußten Willfährigkeit gegenüber modi-

schen Trends der Konsumgesellschaft kombiniert ist. Ganz abgesehen natürlich davon, daß viele Sozialwissenschaftler sich (bewußt oder unbewußt) in den Dienst der Konsumentenwerbung, der Produktionssteigerung, der Verfeinerung der Manipulationstechniken gestellt haben. Die Enteignung der personalen Autonomie geht nicht durch die kulturelle Kritik, sondern durch die angepassten Sozialtechniken vorstatten. Soweit konservative Klagen berechtigt sind, irren sie sich also zumindest in der Adresse.

Gegen den »häßlichen Hedonismus« spielen Neokonservative in den USA wie in der Bundesrepublik die traditionellen Werte des puritanischen Frühkapitalismus aus. Eine idyllisierte Vergangenheit wird beschworen, in der alle Menschen fleißig, sparsam, gottesfürchtig, autoritätsgläubig und diszipliniert waren. In den USA wird an den Pioniergeist der frühen Kolonisten, an ihre Unabhängigkeit und ihr Verantwortungsbewußtsein erinnert. In der Bundesrepublik konnte man Vergleichbares im »Preußenjahr« hinsichtlich der Tugenden der Brandenburger und ihrer Beamten hören. Ein moralisches Normensystem wird idyllisiert und als leuchtendes Vorbild der Gegenwart anempfohlen, das — in einer begrenzten Schicht der Gesellschaft — unter längst nirgends mehr vorhandenen sozialen Bedingungen einmal Geltung hatte. Dabei wird — wie stets — die Tatsache übersehen, daß jene Verhaltensnormen nicht durch »kritische Intellektuelle« (Lieblingssündenböcke der Neokonservativen), sondern durch die sozialen Umwälzungen des Industriekapitalismus selbst zerstört und außer Kraft gesetzt worden sind. Im übrigen reproduzieren die Neokonservativen eine Form der »doppelten Moral«, die schon — in anderer Weise — für das viktorianische Zeitalter typisch war. Während sie damals z.B. auf das Verhalten von Mann und Frau Anwendung fand, wird sie heute auf das Verhalten von Unternehmern und Lohnabhängigen bezogen: ein verantwortlicher Manager, der mit Hilfe von Steuertricks, Abschreibungsmanipulationen usw. für seine Firma möglichst viele Vorteile herauszuschlagen sucht (wobei er selbst als Anteilseigner und/oder Tantiemenempfänger beteiligt ist), gilt als vorbildlich und moralisch einwandfrei. Ein Arbeitsloser, der während seines erzwungenen »Feierns« »schwarzarbeitet«, um dadurch den Lebensstandard seiner Familie zu halten, wird moralisch verurteilt. Offenbar ist es moralisch höherwertig für Aktionäre und hohes eignes Zusatzeinkommen die Grenzen des rechtlich Erlaubten zu streifen (oder zu überschreiten), während ein analoges Verhalten bei Beziehern niedrigen Einkommens, die nur für ihre Familie zu sorgen haben, verurteilt werden muß. Streng genommen wünschen sich daher die Neokonservativen die Erneuerung der frühbürgerlich-puritanischen Moral auch nur für die Angehörigen der Unterschicht, wenn sie das auch öffentlich kaum zum Ausdruck bringen. Wäre es anders, hätte man aus ihrem Kreis jedenfalls einen heftigen kritischen Kommentar sowohl zum Flick-Skandal als auch vor allem zum geplanten Amnestiegesetz hören müssen.

Die beste Antwort auf jene neokonservativen Kritiken kann wiederum das Buch von *Fred Hirsch* geben, das u.a. zeigt, wie genau jene sittlichen Normen, die von einigen Neokonservativen so laut gepriesen werden, durch die Durchkapitalisierung der Gesellschaft mehr und mehr zerstört werden. Es gehört zu den Unterlassungen der Linken, daß sie in der Vergangenheit sich mit dieser Seite der Gesellschaftskritik nicht genügend beschäftigt haben. Auch für Marx war die Decouvrierung der moralischen Verlogenheit der bürgerlichen Gesellschaft wichtiger als der Nachweis, wie diese fortschreitend sogar die Grundlagen ihres eignen Funktionierens vernichtet.

Im dritten Teil seines Buches spricht Fred Hirsch von »der Aushöhlung des moralischen Erbes« und illustriert deren Folgen an einem eindrucksvollen Beispiel, das *Kenneth Arrow* erfunden hat: »Wenn Richter regelmäßig ihre Dienste und Entscheidungen an den Meistbieten-

den verkaufen sollten, würde nicht nur das System der Gerechtigkeit, sondern auch des Eigentums gänzlich instabil, (nach Watergate ist man versucht, die Richter in dem Beispiel durch Präsidenten zu ersetzen). Wenn *alles* privat angeeignet werden kann, einschließlich der Richtersprüche, dann kann nichts angeeignet werden — denn wer bewahrt das System vor dem ersten Unternehmer (dem größten, IF), der in der Lage ist, genügend Kredit aufzunehmen, um nicht nur den Richter, sondern über diesen auch alles andere zu kaufen? Arrow sagt dazu: »Demnach hängt die Definition von Eigentumsrechten, die auf dem Preissystem beruhen, gerade von der mangelnden Universalität des Privateigentums und des Preissystems ab« (S. 203). Diese Tatsache dürften die Neokonservativen auch ahnen, wenn sie sie auch nicht analysiert haben. Sie wollen den Verfall des kapitalistischen Gesellschaftssystems dadurch auffangen, daß sie mit Hilfe der Religion und anderer Ideologien die traditionelle Moral stärken. Wirklich religiöse Menschen müßten freilich gegen eine solche »Heranziehung« der Religion als Stärkungsmittel für ein bedrohtes Gesellschaftssystem protestieren. Es handelt sich hier um eine Neuauflage der moral-rearmament Rede vom »vergessenen Faktor Religion«, durch dessen Wiedereinsetzung auf einmal die fehlende soziale Harmonie in einer von Krisen geschüttelten Gesellschaft wiederhergestellt werden soll.

Viele Kirchen und Religionsgemeinschaften fügen sich nun aber — zur Verärgerung der Neokonservativen — keineswegs reibungslos in die ihnen zugedachte Rolle. Durch ihren Kontakt mit der Dritten Welt hat die katholische Kirche, durch ihre Reflexion auf die »eigenen Sünden der Vergangenheit« haben verschiedene evangelische Theologen ihr Verhältnis zum ökonomischen und politischen Establishment kritisch überdacht. Angesichts der drohenden atomaren Selbstvernichtung der Menschheit und des skrupellosen Rüstungswettlaufs, der durch »militärisch-industrielle Komplexe« und ihre publizistischen Förderer angeheizt und legitimiert wird, haben sich zahlreiche Kirchenmänner der Friedensbewegung (in den USA der »freeze Bewegung«) angeschlossen. Auch in päpstlichen Enzykliken wird die wachsende Diskrepanz zwischen der Armut in der Dritten Welt und dem Reichtum (der Oberschichten) in den Industrieländern kritisiert und einer Beschränkung der Eigentumsrechte das Wort geredet. Angesichts dieser Lage wendet sich die äußerste Rechte in Frankreich von Kirche und Christentum ab, während in den protestantischen Ländern innerhalb der Kirchen der konservative bis reaktionäre Flügel Unterstützung erfährt. Auch hier ist wieder ein Paradox zu konstatieren: die gleichen Konservativen, die einst den klerikalen Einfluß auf die Politik nicht gründlich genügend fördern konnten, warnen heute vor einem »politisierten Christentum«, weil es jene Machtpositionen gefährden könnte, die es einst (unkritisch) gestützt hat. Dabei wird mit pseudoliberalen Argumenten agiert, die so tun, als handele es sich um eine legitime Zurückdrängung kirchlicher Eingriffe in die Sphäre freier Selbstbestimmung eines Christenmenschen. Der Neokonservatismus kämpft auch einen »Kirchenkampf«. Gerade aus politischen Motiven (um der Festigung des sozioökonomischen Status Quo und der weltweiten Politik der militärischen Stärkung des Westens willen) sollen die Kirchen in einen apolitischen, innerkirchlichen Raum zurückgedrängt werden. Während z.B. einem Anwalt, der kürzlich das Verteidigungsministerium übernommen hat, niemand die Fachkompetenz bestreitet, wird einer Bischofskonferenz, die sich in jahrelanger Arbeit sachkundig gemacht hat, die Kompetenz zur Mitsprache in rüstungs- und verteidigungspolitischen Fragen schlicht abgesprochen. Die Religion, namentlich das Christentum, sollen wieder zu jener brauchbaren resignativen Ideologie werden als die sie von Marx und Marxisten im 19. Jahrhundert zu Recht bekämpft worden sind. Linke sollten aber aufmerksam die Entwicklung dieser Auseinandersetzung verfolgen und sich nicht davor scheuen, überholte Vorstellungen

von der Unvereinbarkeit sozialkritischen und emanzipativen Engagements mit christlicher Religiosität zu korrigieren. Auch hier haben sich die »Fronten« verschoben.

#### 4. Neokonservatismus und Ökologie.

Die Bewahrung (und Hinterlassung) einer für das Überleben der Menschheit unentbehrlichen Ökosphäre ist gewiß eine genuin »wertkonservative« Aufgabe. Einige Neokonservative beglückwünschen sich daher auch dazu, daß ökologische Fragen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind, denn darin zeige sich ein Vordringen konservativen Bewußtseins. Eine Anzahl von konservativen Theoretikern — wie Wilhelm Hennis und Robert Spaemann — haben sich denn auch als CDU-Anhänger eindeutig gegen den Ausbau der Kernenergie und anderer Großprojekte ausgesprochen. H. Gruhl, dem seine Partei den Auftrag erteilt hatte, sich um Umweltfragen zu kümmern, mußte die CDU verlassen, weil er den Auftrag allzu ernst nahm. Auch wenn der Innenminister Zimmermann (CSU) von der Priorität umweltschützender Maßnahmen und Gesetze spricht, kann er sich in der konservativ-liberalen Regierungskoalition damit nicht durchsetzen. Die konservative amerikanische Regierung hat durch ihre praktische Politik bewiesen, daß sie weit mehr Interesse am Wachstum von Wirtschaft und industrieller Potenz als am Schutz der Umwelt hat. Eine ganze Reihe von »Regulierungen« wurden zurückgenommen, Vereinbarungen mit Kanada, das einen erheblichen Teil der Luftverschmutzung durch die Industrie um die Großen Seen abbekommt, wurden gekündigt oder mißachtet. Nicht nur der Umwelt — auch der Gesundheitsschutz der Arbeiter wurde als bürokratisches Hindernis für beschleunigtes Wirtschaftswachstum abgebaut. In einem Fall (Schutz von Arbeitern in Asbestfabriken) mußte sogar das Gericht eingreifen, um wenigstens ein Minimum an gewerblicher Hygiene zu erhalten. Auf keinem Gebiet klafft Theorie und Praxis der Neokonservativen weiter auseinander als auf dem der Ökologie. Gerd Klaus Kaltenbrunner hält die Priorität der Ökologie für eine selbstverständliche konservative Pflicht, aber die »real existierenden Konservativen« in den USA wie in der Bundesrepublik denken nicht daran, mehr als unverbindlichen Lippenservice für diese Aufgabe zu »stiften«. Noch deutlicher als im Fall der moralischen Kritik am »häßlichen Hedonismus« (ohne den das kapitalistische Industriesystem gar nicht mehr existenzfähig wäre) gerät hier die proklamierte »wertkonservative Haltung« in Konflikt mit der industriekapitalistischen Orientierung. Man kann eben nicht gut zur gleichen Zeit für den ständigen Ausbau und das Wachstum des industriekapitalistischen Systems und für ökologische Verantwortung gegenüber künftigen Generationen eintreten.

Eine unter amerikanischen Konservativen verbreitete Kritik an der ökologischen Bewegung lautet: das sei eine lediglich vom »Mittelstand«, von den besser situierten Angestellten der Suburbs, getragene Organisation, denn die ganz Reichen könnten sich der Umweltbelastung durch ihre Wohnsitze entziehen und die Mehrheit der Ärmern habe keine Zeit, sich wegen der Umwelt Sorgen zu machen, auch sei sie es gewöhnt, Umweltschäden hinzunehmen. Als Beobachtung ist an dieser Kritik etwas dran. Aber die moralisch legitime Schlußfolgerung aus ihr sollte eigentlich auch bei Konservativen (die sich der Tradition verpflichtet fühlen) ganz anders lauten: wir sollten gute soziale Verhältnisse schaffen, damit auch die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr in so großer Armut und Abhängigkeit vegetieren muß, daß sie weder Kraft noch Zeit aufbringt, um gegen die Verpestung der Luft, die Belästigung durch Lärm, die Vergiftung der Nahrungsmittel usw. sich aufzulehnen. Es ist jedenfalls ein Beispiel offener-

zigen Zynismus wenn gesagt wird: diese Armen, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden sind doch froh, wenn sie nur irgendwie überleben können, die haben doch gar keine Zeit und Kraft, um auch noch eine erträgliche Umwelt zu verlangen, und wenn man aus dieser Feststellung die Legitimation für die Vernachlässigung von Umwelt (und Gesundheits-)schutz ableitet!

Mit moralischen (wie mit statistischen) Argumenten wird viel Schindluder getrieben, das schließt jedoch meiner Überzeugung nach moralische Kritik am Neokonservatismus nicht aus. Man solle es diesen Ideologen und Theoretikern nicht erlauben, sich darauf herauszureden, sie seien schließlich nicht an der Macht. Jedenfalls haben sie fleißig zur Legitimierung rechter Regierungen beigetragen und sich von jenen Kreisen finanziell unterstützen lassen, die an der Aufrechterhaltung des auf zerstörerische Dynamik programmierten Wirtschaftssystems unter allen Umständen interessiert sind.

## Literatur

- Gerd Klaus Kaltenbrunner: *Der schwierige Konservatismus, Definitionen, Theorien, Porträts*, Herford u. Berlin 1975
- Eike Hennig u. Richard Saage (Hrsg.), *Konservatismus — eine Gefahr für die Freiheit*, München, Piper Verlag 1983
- Iring Fetscher (Hrsg.), *Neokonservative und 'Neue Rechte'*, München, Beck Verlag 1983
- Mitsuo Miyata, Missionswiss. Forschungen Bd. 17, *Mündigkeit und Solidarität, christliche Verantwortung in der heutigen japanischen Gesellschaft*, Gütersloh 1984
- Fred Hirsch, *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Reinbek, Rowohlt 1980
- Konrad Adenauer Stiftung, Forschungsbericht 16, H. Rühle, H.J. Veen, Walter F. Hahn (Hrsg.), *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz*, Melle 1982